

Kleine Anfrage Oliver Berger/Viviane Esseiva (FDP): Auswirkungen Covid-19 auf Steuereinnahmen und Investitionen der Stadt Bern?

Die Bewältigung der Corona Krise kostet den Staat derzeit Milliarden an Unterstützungsgeldern, um die Auswirkungen der Pandemie abzufedern. Trotzdem ist von schwerwiegenden wirtschaftlichen Schäden auszugehen, was zu Steuerausfällen führen wird. Die Konjunkturforschungsstelle KOF hat neulich berechnet, dass in der Schweiz über CHF 10 Mia wegbrechen könnten.

Der Gemeinderat der Stadt Bern wird daher höflich um die Beantwortung folgender Fragen gebeten:

1. Wie hoch ist der prognostizierte Steuerausfall für die Jahre 2020 und 2021 bei den juristischen Personen aufgrund Covid-19?
2. Wie hoch ist der prognostizierte Steuerausfall für die Jahre 2020 und 2021 bei den natürlichen Personen aufgrund Covid-19?
3. Ist die Zahl der Sozialhilfesuche seit der Ausrufung der «ausserordentlichen Lage» ab Mitte März überproportional gestiegen im Vergleich zum Vorjahr? Mit welchen Mehrkosten rechnet der Gemeinderat?
4. Wie gedenkt der Gemeinderat diese Ausfälle und Mehrkosten auf der restlichen Ausgaben- und Aufwandseite zu kompensieren?
5. Wie stellt der Gemeinderat sicher, dass die längst notwendigen Investitionen in die Infrastruktur der Stadt Bern trotz erwarteten Mindereinnahmen getätigt werden können? Sieht der Gemeinderat eine Priorisierung der Investitionen zu Lasten der «Konsumausgaben» vor? Wenn ja, welche Investitionen werden priorisiert?

Bern, 07. Mai 2020

Erstunterzeichnende: Oliver Berger, Vivianne Esseiva

Mitunterzeichnende: Bernhard Eicher

Antwort des Gemeinderats

Zu Frage 1 und 2:

Der gesamte Steuerertrag lag im Rechnungsjahr 2019 35 Mio. Franken unter dem Budgetwert. In der Folge hat der Gemeinderat im Februar 2020 Entlastungsmassnahmen im Umfang von 15,5 Mio. Franken für das Jahr 2020 beschlossen, um damit ein Defizit zu verhindern. Nach diesen Sparbeschlüssen begann die Corona-Krise. Zurzeit kann keine Aussage dazu gemacht werden, wie sich diese auf die Steuererträge im Jahr 2020 auswirken wird.

Dem Vorsichtsprinzip folgend hat der Gemeinderat aufgrund der Corona-Krise die Steuererträge für das Jahr 2021 stark nach unten korrigiert. Bei den natürlichen Personen wird gegenüber dem Produktgruppenbudget (PGB) 2020 für das Jahr 2021 mit Erträgen von 367 Mio. Franken (-13,5 Mio. Franken oder -3,55 %) und für die juristischen Personen mit solchen von 67,9 Mio. Franken (-50,3 Mio. Franken oder -42,55 %) gerechnet.

Zu Frage 3:

Die Anzahl eingereicherter Gesuche beim Sozialdienst steigt seit dem partiellen Lockdown Mitte März 2020 weiter an. Die Neuanmeldungen haben im März und April gegenüber dem Vorjahr um rund 50 % zugenommen. Auf die ausgerichtete Sozialhilfe hat sich dies im April noch nicht ausgewirkt. Es ist davon auszugehen, dass dies in den kommenden Monaten der Fall sein wird. Eine

Schätzung zu den Mehrkosten ist heute nicht möglich. Die Mehrkosten sind zudem wegen des Lastenausgleichs abhängig von der Kostenentwicklung im ganzen Kanton.

Zu Frage 4:

Der Gemeinderat hat im Rahmen des Integrierten Aufgaben- und Finanzplans (IAFP) 2021 – 2024 sowie des PGB 2021 umfassende Massnahmen zur Haushaltssanierung beschlossen. Er verweist diesbezüglich auf die Medienunterlagen vom 4. Juni 2020.

Zu Frage 5:

Das strategische Haushaltverbesserungsmassnahmen-Paket ist nötig, um die anstehenden hohen und mit Sachzwängen (wachsender Schulraumbedarf, Eis- und Wasseranlagen am Ende der Lebenszeit) verbundenen Investitionen tätigen zu können. Gleichzeitig erfolgt bis Ende Jahr eine Überprüfung und Priorisierung der Investitionen. Zur Auswirkung der vorgesehenen Investitionspriorisierung auf einzelne Projekte kann heute noch keine Aussage gemacht werden.

Bern, 10. Juni 2020

Der Gemeinderat